

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Volkscheckkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Postfach Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72303

**Inseratenpreise:** Die 10geleit. Kolonellzeile 35 Pf., bei Vorkasse 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonellzeile 25 Pf., Familienanzeigen von Privatpersonen 10geleit. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamesp. 2 Mk. Inlerate v. ausw.: die 10geleit. Kolonellzeile 40 Pf., bei Vorkasse 50 Pf., Reklamesp. 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Voltanhalten entgegen

## Was wird im Ruhrgebiet?

Die Düsseldorf Verhandlungen ergebnislos — Heimtückische Pläne

### Die Aktion der Volkspartei

Die Verhandlungen zwischen den Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern, die im Regierungspräsidium in Düsseldorf stattfanden, sind gestern auf Sonnabend vertagt worden. Irgeendwelches Ergebnis wurde nicht erzielt, und es kommt deshalb die Meinung zum Ausdruck, daß die Verhandlungen nur die Tatsache verschleiern soll, daß diese Verhandlungen endgültig gescheitert sind. Die Unternehmer wollen unbedingt los vom Schiedsgericht, und deshalb ist eine Einigung auf der Düsseldorf Verhandlungsbasis unmöglich. Man spricht man von zwei neuen Verhandlungsmöglichkeiten. Man will wissen, daß die Reichsregierung durch einen Beauftragten neue Verhandlungen einleiten lassen wird. Zum anderen kommt aber nimmermehr auch eine Unternehmerrückmeldung zur Geltung, die hofft, daß im Zusammenhang mit einer Abänderung der noch geltenden Arbeitszeitbestimmungen ein neues Schlichtungsverfahren in Gang kommt, das eine Abänderung des kritischen verbindlich erklärten Lohnschiedsgerichts ermöglicht. Diese Möglichkeit wird aus dem Urteil des Landesarbeitsgerichts Duisburg gefolgert, das es für zulässig erklärt hat, daß die Schlichtungsstellen in Kraft befindliche Tarifabmachungen abändern.

Zugleich hat sich gestern in Anwesenheit des preussischen Wahlkreisministers Hirtfelder das Reichskabinett mit der von Preußen veranfaßten und nach dem bekannten Reichstagsbeschluss vom Reich unterstühten Hilfsaktion für die Ruhrarbeiter befaßt. Der Reichswirtschaftsminister Curtius hat dabei vor allem beanstandet, daß durch die heutige Handhabung der Fürsorgebestimmungen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in einer Vielzahl von Fällen an behördlicher und gewerkschaftlicher Unterstützung angeblich zusammen mehr erhalten, als ihr Lohnverdienst ausmacht. Die Rheinische Zeitung begleitete diese Verhandlungen mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß das im Reichstage angenommene Kompromiß des sozialpolitischen Ausschusses „nicht fair geschahnt“ werde. Die Deutsche Volkspartei, die „dem Kompromiß zustimmte, dessen Formel sie ja selbst aufstellte“, habe den organisierten Arbeitern nur einen Teil dieser Fürsorge zukommen lassen wollen. Die Volkspartei konnte in der gestrigen Kabinettsitzung zunächst jedenfalls einen Teilerfolg erzielen in der Richtung, daß die Unterstützungsfrage für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einer Prüfung unterzogen werden soll. Es wird eine Beamtenkommission in das Ruhrgebiet entsandt, die die Unterstützungsfrage prüfen und für „Abhilfe“ sorgen soll.

Nach der Sitzung des Reichskabinetts hielt die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei eine Besprechung ab, die sich mit dem Ergebnis der Kabinettsitzung befaßte. Nach einer Mitteilung der Neuen Leipziger Zeitung hat, wie das nach dem vorausgegangenen anzunehmen war, das Ergebnis der Kabinettsitzungen die Fraktion „nicht voll befriedigt“. Heute soll die endgültige Stellungnahme erfolgen. Jedenfalls sind die vom Reichstanzler eingeleiteten Verhandlungen, die Große Koalition zu stabilisieren, in der Folge dieser Differenzen bereits ins Stocken gekommen. Der Vorsitzende der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Dr. Schulz, hat dem Reichstanzler erklärt, daß seine Fraktion die Beendigung des Ruhrkonflikts abwarten wolle. Wir warten zunächst ab, was die Deutsche Volkspartei heute der Öffentlichkeit verkünden wird.

Wir weisen trotzdem bereits darauf hin, daß der Deutschen Volkspartei eine Einwirkungsmöglichkeit innerhalb des Reichskabinetts verbleibt, die sich der Kontrolle der Öffentlichkeit entzieht. Eine Möglichkeit, die um so schwerer wiegen wird, je mehr die anderen Koalitionsparteien die Volkspartei bei der Koalitionsstange halten wollen. Der mehrfach erwähnte Reichstagsbeschluss, dessen Formulierung der Volkspartei zu „danken“ ist, hat nicht den Betrag festgelegt, den die Reichsregierung der preussischen Regierung für die Unterstützungsaktion zur Verfügung stellen soll. Wie der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Hugo vor einigen Tagen feststellte, sollte dieser Betrag im Kabinett noch „ausgehauendet“ werden. Die Höhe der Reichsauszahlung an die preussische Regierung kann natürlich nicht ohne Einfluß auf deren Handhabung der Fürsorgebestimmungen bleiben. Nachdem man gestern im Reichskabinett den Forderungen der Deutschen Volkspartei zu einem Teile nachgegeben hat, muß die dringende Hoffnung ausgesprochen werden, daß nicht des Lebens und Sterbens der Koalition willen, den von der Volkspartei vertretenen Unternehmerforderungen Entgegenkommen gezeigt wird.

Amlich wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett hat sich in Anwesenheit des preussischen Ministers für Volkswirtschaft, Dr. Hirtfelder, mit den Richtlinien über die Unterstützungsmaßnahmen beschäftigt und beschlossen: Die Beschwerden, nach denen in Einzelfällen die Unterstützung der öffentlichen Fürsorge und der Gewerkschaften den Lohn der Ausgepörrten übersteigen oder nahe zu erreichen sollen, nachzuprüfen und erforderlichenfalls die Richtlinien zur Vermeidung einer solchen Auswirkung zu ergänzen.

## Genug des Spiels

### Der Schrei für die Verbannten

Das Reichsorgan des Leninbundes veröffentlicht einen offenen Brief Adels an das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei. In dem Briefe wird zunächst bestätigt, daß sich die Nachricht von der ständigen Verschlimmerung der Krankheit Trozki bewahrheitet. Dann heißt es:

„Nicht Monate sind verfloßen seit dem Augenblick unserer Verbannung. Während dieser acht Monate waren Sie gezwungen, uns wegen Verleumdung, wegen Verschleierung, wegen direkter Verbindung mit den Klassenfeinden auszusprechen und diejenigen vor das Gericht zu stellen, die die proletarische Diktatur „vor den Unrechten Trozki, Smirnows, Murasows, Serebrjajews, Smilgas, Prokhoraschewskis usw. retteten“. Da die Meister der Smolensker, Artemowitschen, Kajan, Desso-Galle noch herdenweise in der Partei vorhanden sind, waren Sie gezwungen, die Partei der Arbeiterklasse zur Hilfe zu rufen zum Kampfe gegen diese Parasiten, die die russische Partei und die Sowjetmacht zerschellen. In es nicht Wahnsinn, ist es nicht Unterstützung dieser Elemente, diejenige in Verbannung zu halten, die für die Parteidemokratie gekämpft haben, als dem alleinigen Mittel, die Partei von den zerfallenden Elementen zu reinigen? Und nach dieser Ueberfahrt, die klar zeigt, wo der wahre Feind der Partei und wo die treuen Freunde sind, lassen Sie es zu, daß

im Exil die Volkshewellen-Leninisten buchstäblich vernichtet werden.

Sibirjakow, der einstmals unter dem Jaren in die Katorga verschickt war, hat die GPU in hoffnungslosem Zustande nach Moskau zurückgebracht. Der Genosse Wisti, der bei der revolutionären Arbeit in China sich eine schwere Krankheit zugezogen hatte, war in Karym dem Sterben nahe, ohne ärztliche Hilfe, und jetzt noch versucht man ihn aus der Klinik in Tomsk nach Rubjowki zu verschicken, wo keine qualifizierte ärztliche Hilfe vor-

handen ist. Ein treuer Freund der Partei, Genosse Taras Choreschtsko wand sich bewußlos im Typhus im Karym, in einer Gegend, die von Sumpfen umgeben ist, durch die die Ärzte nicht durchkommen konnten, und als unsere Proteste Sie endlich zwangen, ihn nach Kamen zu überführen, da ging er, sich kaum auf den Füßen haltend, ohne jegliche Geldmittel. Wir mußten einen Kampf führen wegen ein paar Rubel, um ihn sein Gepäck nachzuführen.

Ein revolutionärer Volkshewit, der keine schlechtere Vergangenheit hat als Sie, mußte seine Kräfte wieder herstellen für 30 Rubel im Monat. Wir schweben darüber vor den Arbeitermassen und wandten uns nur an Sie. Die Geschichte aber mit der Krankheit des Genossen Trozki bringt die Geduld zum Ueberfließen. Wir können nicht schweigen und zusehen, wie die Malaria die Kräfte eines Kämpfers verzehrt, welcher sein ganzes Leben der Arbeiterklasse gewidmet hat, welcher das Schwerk der Oktoberrevolution war. Wenn die fraktionellen Interessen in Ihnen alle Erinnerungen an die gemeinsamen revolutionären Kämpfe ausgelöscht hat, so mag doch der einfache Verstand und die Berechtigung in Ihnen reden. Die Gefahren, gegen die die Sowjetrepublik kämpft, wachsen. Da Sie den ganzen Informationsapparat besitzen, so sind Sie besser informiert als wir. Nur die Menschen, die an den Kampf gegen die wachsenden Gefahren nicht denken, können sich so gleichgültig zu dem Hinsterben einer solchen Kampfeinheit, wie es Trozki ist, stellen.

Der Brief, der in Tomsk im Oktober dieses Jahres geschrieben worden ist, schließt mit der Aufforderung: „Genug des Spiels mit der Gesundheit und dem Leben des Genossen Trozki. Wir müssen die Frage aufwerfen, der Verbannung der Volkshewit-Leninisten mit Trozki an der Spitze ein Ende zu machen.“ Weiter wird sofort ärztliche Hilfe und die Verlegung in eine Gegend mit besseren klimatischen Bedingungen, sowie die Verlegung von den Sorgen um das tägliche Brot verlangt. Es wäre unerträglich zu wissen, daß die russische Parteileitung bewußt einen Genossen zugrunde richtet, der in den ersten Reihen des russischen Oktobers gekämpft habe.

## Geschlossene Gesellschaft Wilhelmstraße

Von D. S. Haupt.

Die nachstehenden Ausführungen zeigen die Richtung für die Reformbestrebungen der Sozialdemokratie in bezug auf das Auswärtige Amt. Eine grundlegende Veränderung in der Vertretung der Außenpolitik sowie in den Beziehungen der Staaten zueinander können diese Reformen nicht herbeiführen, solange der von den deutschen Bot- und Gesandtschaften vertretene Staat ein kapitalistischer Klassenstaat ist. Diese Aufgabe bleibt dem Proletariat mit der Eroberung der politischen Macht vorbehalten.

Die Redaktion der Volkszeitung.

Zwei Redner haben in der außenpolitischen Debatte im Reichstage die Personalpolitik des auswärtigen Amtes kritisiert, Genosse Breitscheid und der Zentrumsmann Kaas. Von ihnen wird Kaas schneller und besser befriedigt werden, denn seine Forderung ist von einer nicht mißzuverstehenden Deutlichkeit und Banalität: Tebt dem Zentrum einige höhere Posten! Das ist ebenso simpel wie das Auftreten des Herrn Kaas in Genf, wo er sich um die Budgetangelegenheiten des Völkerbundes, die er in der Kommission bearbeiten sollte, so gut wie gar nicht kümmerte, sondern verlangte, daß ihm die Abfertigungsrede in der Volksversammlung übertragen werde. Und als man ihm den Agitationskodex überreichte, reiste Herr Kaas nach Hause. Zweifellos wird Stresemann nun dem Zentrum den einen oder anderen freierwerbenden Posten zuzuschicken, denn man kann es schlecht aus der Regierungskoalition nach Hause fahren lassen. Schon einmal, unter der Regierung Marx, bemühten sich die deutschen Auslandsvertretungen, überall unterstützungsbedürftige deutsch-katholische Zeitgenossen oder Gemeinden zu entdecken, damit die Wilhelmstraße zeigen konnte, daß sie auch das Zentrum in seine väterliche Fürsorge nahm. Und auch Herr Marx schrieb manchen Schreibbrief an das Personalbureau des auswärtigen Amtes, in dem er sich nach den Beförderungsaussichten dieses und jenes katholischen Beamten erkundigte. Nachdem sich das Zentrum gegen Ende der Bürgerblockregierung den Posten des Filialleiters des Völkerbundes in Berlin gesichert hat, scheint jetzt die allgemeine Offensive loszugehen.

Die sozialdemokratische Kritik hat mit dieser Futterkripenwirtschaft nichts zu tun. Was Genosse Breitscheid verlangte, war die notwendige und längst fällige Demokratisierung des Auswärtigen Amtes. Dieser Notwendigkeit kann auch nicht ausgewichen werden mit dem Hinweis auf die Palastrevolutionen, die zweifellos seit der Revolution im Auswärtigen stattgefunden hat. Denn die Tatsache, daß die „Bülowianer“ die Altpreußen an die Wand gedrückt haben, bedeutet ebenso wenig eine Demokratisierung, wie daß die Marineoffiziere Scheerders Richtung aus dem immer noch mehr Tirpichischen Marinekreis des Reichswehrministeriums in die Wilhelmstraße abgewandert sind. Alles neue Blut, das der Wilhelmstraße nach der Revolution zuströmte, war — bis auf die paar sozialdemokratischen Gefanten und einem Konsul oder Attache, der hier und da herumgeistert — altes Blut, Vertreter der schon unter Wilhelm gesellschaftsfähigen Schichten. Die Richtung hat geändert, die Kaste ist dieselbe geblieben. Und die „Fadgruppe der höheren Beamten im auswärtigen Dienst“ ist der Ausdruck dafür, daß die Abgeschlossenheit der Kaste mit modernen Mitteln verteidigt werden wird.

Die Demokratisierung muß zwei Linien haben, und hat an zwei Punkten anzugreifen. Einerseits muß die Bahn freigemacht werden für Akademiker, die nicht der Plutokratie angehören, andererseits hat die ungehörige und antidemokratische Schranke, die die höhere Laufbahn lustig den Beamten von der Pike auf verschließt, zu fallen. Man wird erwidern, daß es jetzt schon jedem mittleren Beamten freisteht, nach Ablegung der entsprechenden Prüfungen Konsul oder Gesandter zu werden. Das steht in der Tat irgendwo auf einem in der Revolutionsangst entstandenen Papier. In Wirklichkeit hat ein mittlerer Beamter, der die Absicht kundgibt, sich auf die höheren Prüfungen vorzubereiten, von seinem aristokratischen Vorgesetzten sozial Arbeit zu erwarten oder eine Verlegung nach Honolulu oder sonst wohin, daß er niemals mit seinen Prüfungsarbeiten fertig wird. Kommt er wirklich zur Prüfung, so legt man ihm so abstrakte und theoretische Fragen vor, daß nur langjähriges akademisches Studium sie beantworten könnte. Zum Studium aber fehlt den meist verheirateten Beamten naturgemäß Geld und Zeit.

Hier soll nicht einer Herabsetzung der notwendigen Ansprüche an Kenntnissen, soweit diese zur Ausfüllung eines höheren Postens im Auswärtigen Dienst erforderlich sind, das Wort geredet werden. Aber die Prüfungsfragen, die mittleren Beamten vorgelegt werden, sind entweder bewußte Sabotage oder zeigen, daß die Prüfenden keine Ahnung davon haben, was ein Außenbeamter zu tun hat und kennen muß. Wenn man sich z. B. nicht damit begnügt, die tatsächliche Kenntnis einer fremden Sprache nachzuprüfen, sondern die philologische Entwidlung des Entschens von Wort- und Satzgebildungen verlangt, so ist das akademische Spielerei, wenn es nicht ein bewußtes Weinstellen sein soll. Und wenn man vom